

Datum: Tue, 1 Feb 2011

An: presse@bmfsfj.bund.de

CC: extreme_zeiten@gmx.de

Betreff: Persönlicher Protest gegen die sog. "Extremismus-Klausel"

Sehr geehrte Frau Ministerin Schröder,

mit diesem Schreiben möchte ich persönlich gegen die von Ihrem Ministerium eingeführte Extremismus-Klausel protestieren.

Warum diese Nachricht? Vermutlich werden Ihre ReferentInnen ohnehin mit Protestschreiben zu diesem Thema überflutet. Aber dennoch halte ich es für notwendig, keine Sicht einer Institution, sondern eine persönliche Sicht von anti-rassistischem Engagement und den Folgen "ihrer Klausel" zu beschreiben.

Seit 2007 bin ich ehrenamtlich als Dozent aktiv, ich bin 24 Jahre alt. Ich richte Projekttag an Schulen, in Jugendzentren, in Ausbildungsbetrieben und Vereinen aus. Die Zielsetzung ist die Bestärkung zivilcouragierten Handelns, der Abbau von Diskriminierung und Vorurteilen - insbesondere Rassismus, aber auch sexistische oder homophobe Haltungen u.ä. . Dieses Engagement betreibe ich neben meinem Studium der Politikwissenschaft und Soziologie und neben dem Nebenjob, den ich machen muss, um mir das Studium leisten zu können - meine Eltern haben leider nicht genug Geld "auf der hohen Kante", um ihrem jüngsten Sohn ein Studium vollkommen zu finanzieren.

Dieses Engagement sehe ich als die - tägliche - Vertretung demokratischer Werte, das Einstehen für eine pluralistische und tolerante Gesellschaft. Diese Arbeit füllt mich aus und diese demokratischen Überzeugungen trage ich mein persönliches Umfeld. Ich nehme es nicht hin, wenn neben mir über "Nigger" oder "Scheißjuden" hergezogen wird, ich hinterfrage und argumentiere. Die Arbeit für eine tolerante Gesellschaft ist ein wesentlicher Bestandteil meiner Persönlichkeit.

Einen Großteil meiner Freizeit - meine Freunde sagen, meine gesamte Freizeit - stelle ich in den Dienst demokratischer, nicht-diskriminierender Beeinflussung meines Umfeldes. Ich reibe mich auf für eine demokratische und pluralistische, auf humanistischen Werten beruhende Gesellschaft. Beziehungen zu langjährigen Freunden haben darunter gelitten, dass ich dieses Engagement habe und rassistische und andere diskriminierende Äußerungen nicht unkommentiert stehen lasse. Meine ehrenamtliche Arbeit gegen rechts und menschenverachtendes Denken ist mit dafür verantwortlich, das ich selten mehr als 5 Stunden pro Tag schlafe und Hobbys nicht nur hinten an stelle, sondern komplett vernachlässige.

Dieses Engagement ist auch der Grund dafür, weshalb Neonazis auf mich aufmerksam wurden. Mir wurde auf subtile Art und Weise mitgeteilt, dass

meine Adresse und meine Aktivitäten bekannt sind. Mir ist bewusst, dass von mir Bilder bei Projekttagen an Schulen gemacht wurden. Seit dieser Zeit bekleidet mich ein Gefühl von physischer Bedrohung, bestimmte Regionen in meinem Bundesland - aber auch in meiner Heimatstadt - kann ich nicht aufsuchen und mir sicher sein, dass mir als Person nichts geschieht. Oder, dass meiner Familie nichts geschieht. Viele Freunde haben mir gesagt, dass dieses Engagement zu gefährlich wäre, wenn auch vorbildlich, und ich solle es doch ruhen lassen, weil sie Angst um mich hätten. Das sehe ich aber nicht ein: Ich stehe auch mit meiner Person, mit meinem Namen und meiner körperlichen Unversehrtheit für diese Gesellschaft ein. Ich zeige mein Gesicht gegen Rechts, weil ich der Meinung bin, dass das Ideal einer toleranten und humanistischen Gesellschaft solche Fürsprecher in jeder kleinsten Einheit braucht, um bestehen zu können.

Diese "Extremismus-Klausel" ist für mich ein Schlag ins Gesicht. Ich fühle mich - und andere, die genau so engagiert für ihre Gesellschaft eintreten - verhöhnt und ausgegrenzt, beobachtet, verachtet, kriminalisiert, in meinem Engagement herabgesetzt und in eine Schublade gesteckt. Dieses demokratische System, für dessen friedlichen und toleranten Erhalt ich mich so selbst-ausbeute, für dessen Ideal ich täglich an meine Grenzen gehe, überprüft mich nun darauf, ob ich mich zu ihm bekenne - auf der Basis eines längst obsolet gewordenen, eindimensionalen, wenig treffsicheren und völlig abstrusen Parteien-Modells.

Wenn es nicht der Wunsch Ihres Ministeriums ist, dafür zu sorgen, die Zivilgesellschaft zu kriminalisieren, sondern eher, die Zivilgesellschaft zu stärken, sollten Sie auf die Extremismus-Klausel verzichten. Sie schadet der Demokratie. Sie schadet der Zivilgesellschaft. Sie schadet dem Ansehen engagierter BürgerInnen, die sonst immer als Vorbilder gesehen werden. Sie schadet dem Ansehen der Politik, dessen Ansehen bei vielen ohnehin sehr niedrig ist. Und sie schadet der Arbeit gegen Rassismus und Faschismus. Sie schadet der Arbeit gegen Ausgrenzung und für Toleranz.

Mit freundlichem Gruß,

C. Alt